

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

### **zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 16/9604)**

#### **- Zweite Lesung -**

Auf die Aussprache wurde verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/9604 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit auf der Drucksache 16/10642 zugrunde.

Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 3 Absatz 1 als Datum des Inkrafttretens den "01. Januar 2012" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der FREIEN WÄHLER und Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. -

(Karl Freller (CSU): Wir dürfen doch nur im Sitzen abstimmen!)

Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der FREIEN WÄHLER und Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften".

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Um 14.10 Uhr setzen wir die Sitzung fort.

(Unterbrechung von 13.39 bis 14.14 Uhr)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem es geheißen hat, die Sitzung werde um 14.10 Uhr fortgesetzt, beginne ich mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen und hoffe, dass bis zum Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes alle Rednerinnen und Redner anwesend sind.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug der Untersuchungshaft, des sogenannten Bayerischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes, auf Drucksache 16/9082 bekannt. Mit Ja haben 77 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Das Gesetz ist damit angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Es hat den Titel "Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft (Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben der Änderungsantrag auf Drucksache 16/10005 und die Nummer 7 Buchstabe a des

Änderungsantrags auf Drucksache 16/9901 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt, soweit vorhanden, davon Kenntnis.

Jetzt gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 16/9603 - Tagesordnungspunkt 11 - bekannt. Mit Ja haben 88 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 70 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist das Gesetz so angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Es hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen und anderer Rechtsvorschriften".